

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tageblatt Riess,
Friedrichstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riess, des Rates der Stadt Riess, des Finanzamts Riess und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580
Verleger:
Riess Nr. 52.

Nr. 23.

Mittwoch, 28. Januar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Abzug- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Kammer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 40 mm breite, 4 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bezahlter Rabatt tritt ein, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riess. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Dönges & Winterlich, Riess. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Erwin Hübner, Riess; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riess.

Stürmische Etatheratung im Sächsischen Landtag.

11. Dresden, 27. Januar 1931.

Der Landtag setzte heute seine in der Sitzung vom 22. Januar nach erfolgter Regierungserklärung abgebrochene

Beratung über den Staatshaushaltsplan 1930

fort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Präsident ein Schreiben, durch das der Abg. Spittank (S. Landv.) die Niederlegung seines Mandats mitteilt. Weiter gibt der Präsident bekannt, daß auf Vorschlag des Vorstandes der Fraktionen für ihre Redner zusammen 1 1/2 Stunden Redezeit gewährt werden solle, nur der sozialdemokratischen Fraktion als der härtesten 2 Stunden. Die Kommunisten geben ihrem Mißfallen mit dieser Abmachung lebhaften Ausdruck.

Den Reigen der Redner eröffnet Abg. Viehmann (Soz.), der sich zunächst gegen die nationalsozialistischen Änderungsanträge wendet. Als er schwere Angriffe gegen nationalsozialistische Führer erhebt, erhebt sich auf der äußersten Rechten ein Sturm der Entrüstung. Der Präsident droht, Störungen des Redners mit Ausschluß von der Sitzung zu bestrafen. Der Redner erklärt, seine Arbeit werde der von den Nationalsozialisten beantragten Auflösung der Sächsischen Gesandtschaft in Berlin nicht zuliegen, sie behalte sich aber für den nächsten Etat vor, die Vertretung bei der Gesandtschaft zu verringern. Mit den hohen Forderungen an die Landwirtschaft sei er nicht einverstanden; denn ein Rittergutsbesitzer, der noch Steuern bezahle, könne man sich heute mit der Baiterne suchen. Im übrigen vertritt der Redner die sozialdemokratischen Anträge zum Etat. Als Abg. Viehmann wiederum die Nationalsozialisten angreift und Zwischenrufe von rechts fallen, erteilt der Präsident wiederholt Ordnungsrufe. Abg. Dönike (Nat.) ruft mehrmals dem Abg. Viehmann zu: Ruhe! Abg. Dönike erhält drei Ordnungsrufe und wird schließlich aus dem Saale verwiesen. Rechts ertönen Pfui-Rufe, die Linke und ein Teil der Tribünenbesucher rufen: Bravo! Sozialdemokraten stehen von ihren Bänken auf, auf der anderen Seite erheben sich die Nationalsozialisten. Es entfährt ein ohrenbetäubender Lärm, durch den man einzelne Schimpfworte und Drohungen vernimmt. Der Präsident verläßt seinen Platz und unterbricht die Sitzung. Nach geraumer Zeit erst beruhigen sich die erregten Gemüter.

Nach Wiederöffnung der Sitzung teilt Präsident Bedel mit, daß Abg. Dönike, weil er nicht sofort den Saal verlassen habe, für fünf Sitzungen ausgeschlossen sei. Weiter erteilt Präsident Bedel dem Abg. Viehmann — ohne ihn zu nennen! — folgende Rektion: Auf Grund der Geschäftsordnung ist es dem Präsidenten nicht möglich, Frauen oder Männer außerhalb des Hauses gegen Angriffe der Redner in Schutz zu nehmen. Es muß vielmehr dem Tatbestand des einzelnen Abgeordneten überlassen bleiben, wie er sich fremden Personen gegenüber verhält.

Darauf fährt Abg. Viehmann (Soz.) in seiner Rede fort. Zunächst greift er die Nationalsozialisten an und von Allinger an, findet aber keinen Widerspruch, da die Nationalsozialisten geschwiegen während der Rede Viehmanns dem Haus fern blieben. Redner fordert die Regierung auf, die sittenlose Agitation der Nazis endlich zu unterbinden. Die Sittlichkeit der Staatsbürgerrechte sei gefährdet. Die Polizei müsse ein Instrument der Republik werden. Die Nationalsozialisten gäben sich die größte Mühe, die Polizei zu zerlegen und sich gefügig zu machen. Die Staatsgewalt müsse rücksichtslos gegen die nationalsozialistischen Wortbanditen vorgehen.

Justizminister Dr. Mannfeld nimmt einen Verhandlungsführer in Platen gegen des Vorredners Vorwürfe in Schutz. Minister des Innern Müller erklärt, Nachrichten für Polizeibeamte können nicht gewährt werden. Auf die Vorwürfe Viehmanns gegen einzelne Polizeibeamte und das Ministerium werde die Regierung in der nächsten Sitzung antworten. Die Polizei sei zum Schutze der Verfassung und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung da, und dieser Aufgabe müsse sie treu gewachsen sein.

Abg. Claus (Staatspartei): Es wäre das vernünftigste gewesen, diesen Etat ein Bloc anzunehmen, statt ihn in der 2. Lesung mit einer Flut von Anträgen zu belasten. Mit der beantragten Verabschiedung der Ministergehälter sei seine Partei nicht einverstanden; 20 Prozent Gehaltserhöhung reiche aus. Die Staatspartei habe keine eigenen Anträge gestellt.

Abg. Studentowski (Nat.-Soz.) nimmt zunächst gegen die Anträge Viehmanns Stellung, er werde aber nicht in die Klokale hinabsteigen, in der Viehmann herumgerührt habe. (Die Sozialdemokraten haben bis auf einen Ordnungsposten das Haus verlassen.) Der Sozialist fühlte sich bedroht, deshalb gehe er mit Wörtern gegen Andersgeartete vor. (Lebhafter Widerspruch bei den Kommunisten.) Die Nationalsozialisten würden aber wissen, mit dem Terror fertig zu werden. Nach den Ausführungen Viehmanns habe seine Partei keine Lust, an den weiteren Etatheratungen teilzunehmen, um so weniger, als ein marxistisch einseitig eingestelltes Landtagspräsidium die Nationalsozialisten

gegen Uebergriffe nicht schütze. (Lärmende Burle von links. Die Nationalsozialisten verlassen geschlossen den Saal. Nur Vizepräsident Kunz muß auf dem Präsidentenstuhl ausbleiben.)

Der Abg. Dr. Ehardt (Dnt.) stellt fest, daß die meisten der gestellten Anträge nicht durch eine Diskussion hier im Hause erledigt werden können. Die Deutschnationalen seien für eine Annahme des vorliegenden Etats in Paris und Bogen. Die größten Bedenken habe er gegen die von den Sozialdemokraten geforderte Zusammenlegung von Betrieben in der Forstwirtschaft. Ferner stellt Redner fest, daß bisher bei jeder Etatheratung die für die oberen Beamten eingetragenen Posten — wohl aus einem gewissen Reizgefühl heraus — beantragt wurden. Es wäre bedauerlich, wenn aus Grund des sozialdemokratischen Antrags die Unterhaltungen für die Leipziger Messe gestrichen würden. Den beantragten Einstellungen für Franzosen in Plauen und in der Oberlausitz stehe seine Partei nicht ganz ablehnend gegenüber; es bedürfte nur noch näherer Erörterungen. Seine Freunde wünschten eine Staatsbeschlusse für die Hochwassererschädigten in der Lausitz. Die Einstellungen für Turn- und Sportverbände seien zu hoch. Die Regierung müsse sich darum kümmern, wozu die Dotationen verwendet würden. Der Sport sei unerlässlich, weshalb ein Beschluß geworden und habe das Ziel der Volkserziehung außer acht gelassen. Bei den Staatstheater müsse versucht werden, mit geringeren Zuschüssen auszukommen. Ein Hofmann sollte einmal die Verhältnisse untersuchen. Redner beklagt es, daß immer mehr Ausgaben, die in den ordentlichen Haushalt gehörten, in den außerordentlichen geschoben würden. Seine Partei werde dem Etat die Zustimmung geben.

Abg. Günther (Wirtsch.-Partei) hält es für zwecklos, jetzt noch über Forderungen, Steuererhöhungen und Streichungen des vorliegenden Etats zu beraten, während der Etat für das neue Geschäftsjahr schon im Druck sei. Die Wirtschaftspartei beschließt sich vor, für den neuen Etat ihre Anträge zu stellen und fordert die Verabschiedung des vorliegenden Etats.

Abg. Dönges (Dnt.) erklärt, daß seine Partei sich auf Einzelheiten nicht mehr einlassen werde und eine möglichst schnelle Verabschiedung fordere. Er appelliert an das Haus, das Ansehen des Landtages und des Landes nicht dadurch zu schädigen, daß man diesen Etat nach Ablauf des Jahres weiter im Landtage zum Beratungspunkt mache. Jede Ueberziehung des Etats werde seine Partei ablehnen. Er wandle sich gegen eine Streichung der Unterstützung der Leipziger Messe und des Finanzwesens. Diese Mittelentziehung müsse eine weitere wirtschaftliche Schädigung zur Folge haben. Die Partei wünscht die Annahme eines in jeder Hinsicht balancierten Etats.

Der Kommunist Redner nennt die Regierung das Volksgewalt der Regierung Bränning, die Arbeitslose und Rentner hungern läßt und eine Politik der Steuer- und Lohnraubens betreibt. Von einem „Verdienen“ könne bei den Ministern nicht die Rede sein. Er fordert radikale Streichung der Mittel für die Polizei. Der Arbeiter begünne sich selbst zu wehren.

Abg. Dr. Dantmeyer (Sächs. Landvolk) wendet sich gegen die schließliche Verwaltung der Staatsgüter. Diese hätten sodann ihre Berechtigung, wenn sie setzen könnten,

wie man wirtschaftet. Das Landvolk wird dem Etat unter Vorbehalt zustimmen.

Dr. Salner (Wirtsch.-P.) wendet sich gegen die hohen Gehälter in der Wirtschaft in den Staats- und Gemeindefinanzverwaltungen und stimmt der Kürzung der Ministergehälter zu. Er greift die Regierung an, die kein Verständnis gehabt habe für die Notlage der Rentner usw. Einer Unterstützung der Leipziger Messe müsse er zu, müsse aber den Fortfall der Kuffschikatantien fordern. Redner beschließt sich sodann mit dem Etat des Justizministeriums und hat, künstlich sich mehr mit weltlichen Dingen zu beschäftigen.

Der Landtag vertagte sich auf Donnerstag, den 29. Jan., 18 Uhr, mit der Tagesordnung: Weiterberatung des Etats und kleiner Anträge.

Zu der Mandatsniederlegung des Abg. Spittank

erläßt der Union-Beauftragte: Der Abg. Spittank hat am getrigen Dienstage in der Fraktionsführung des Sächsischen Landvolkes die Erklärung abgegeben, daß er die ihm im „Freiheitskampf“ zur Last gelegten Anschuldigungen nicht gelan habe. Da aber durch die dort erhobenen Vorwürfe seine nationale Aufrichtigkeit in Zweifel gestellt worden sei, hat er kein Mandat zur Verfügung gestellt. Abg. Spittank hat ferner der Fraktion des Landvolkes erklärt, daß er diesen Schritt freiwillig deshalb tue, um zu vermeiden, daß auf Grund der Behauptungen im Freiheitskampf der Fraktion des Sächsischen Landvolkes aus seiner weiteren Zugehörigkeit zu ihr auch nur der leiseste Vorwurf nationaler Unzuverlässigkeit gemacht werden könne. Abg. Spittank betonte aber hierbei ausdrücklich, daß die Niederlegung seines Mandats keinesfalls eine Bestätigung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe bedeute. Die Fraktion hat den Entschluß des Abg. Spittank zur Kenntnis genommen und überläßt es Herrn Spittank, sich mit den Urhebern und Verbreitern der gegen ihn erhobenen Vorwürfe auseinanderzusetzen. Spittank ist Bürgermeister in Siebitz i. Oberl.

Dresden. Die Deutsche Volkspartei hat im Landtage einen Antrag eingebracht, in dem es heißt: Die zwischen dem deutschen Wirtschaftsministerium und Frankreich geführten Verhandlungen wegen der Chemischer Strampfindustrie haben inzwischen erkennen lassen, daß Frankreich dabei bestehen bleibt, von dem ihm bei Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages vorbehaltenen Recht der Umwandlung des Wirkwarenzolles in einen Gewichtszoll Gebrauch zu machen und den neuen Gewichtszoll höher festzusetzen, als diesem dem Durchschnitt des bisherigen Gewichtszolls entsprechen würde. Eine Verwirklichung dieser französischen Absichten würde eine in der heutigen Zeit besonders schwerwiegende Verschlechterung der Export- und damit der Produktionsmöglichkeiten der Chemischen Wirkwarenindustrie bedeuten. Wir beantragen deshalb, die Regierung zu ersuchen, auf die letzten Verhandlungen Deutschlands mit Frankreich über die von Frankreich beantragte Neugestaltung der Wirkwarenzölle bei der Reichsregierung dahin einzuwirken, daß eine Verschlechterung der Zolllage unter allen Umständen vermieden wird.

Charakter hätten. Der deutsche Gewerkschaftsvertreter R. A. F. er äußerte sich über die Arbeitslosigkeit in Deutschland und über die Senkung der Löhne, die schneller vor sich gegangen sei als die Senkung der Preise.

Neue Sitzung des Kabinetts Saval

Die neue Regierung Saval ist gestern nachmittag zu ihrem ersten Kabinettsrat zusammengetreten. Die Minister haben sich fast ausschließlich mit der Vorbereitung der Regierungserklärung beschäftigt. Nach einer Erklärung, die Saval am Schluß des Kabinettsrats abgab, wird sich die neue Regierung am Freitagnachmittag der Kammer und dem Senat vorstellen. — In den Verhandlungen des Senats ist die verhältnismäßig schnelle Lösung der Krise mit sichtlichem Bemühen begrüßt worden. Nach allgemeiner Ueberzeugung hätte eine Verlängerung der Krise mitten in der Budgetberatung und anderen wichtigen Debatten den Interessen des Landes sehr geschadet. Die Weigerung der Radikalen, sich an der Regierung zu beteiligen, wurde verschiedentlich beurteilt, dagegen wurde allgemein dem Geschick und den Fähigkeiten des neuen Ministerpräsidenten Anerkennung gesollt, so daß man annehmen darf, daß das neue Kabinettsrat seinen großen Widerstand im Senat hofen wird.

Januarer Schnelzug entgleist

Dresden, 28. Januar. Der Schnelzug Iron-Paris ist gestern früh in der Nähe von Rausers entgleist. Vier Reisende und drei Postbeamte wurden leicht verletzt. Das Unglück soll auf einen Kutschlag zurückzuführen sein. Die es heißt, waren die Schienen der Schienen auf einer Strecke von zehn Meter gelockert.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Genf, 28. Januar.

Die Kommission des Internationalen Arbeitsamtes, die sich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit und den Mitteln zu ihrer Bekämpfung befaßt, hat gestern die allgemeine Aussprache abgeschlossen und eine Unterkommission mit der Ausarbeitung eines Berichts beauftragt, der dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes auf seiner heute beginnenden Tagung vorgelegt werden soll. — In der Debatte gab der deutsche Regierungsvorsteher, Ministerialrat G a m m e vom Reichsarbeitsministerium, der Hoffnung Ausdruck, daß die öffentliche Meinung durch die Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes und des Völkerbundes auf diesem Gebiet nicht enttäuscht werde. Der britische Regierungsvorsteher Hillon meinte, die verschiedenen Mittel, die man in der Diskussion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorgeschlagen habe, seien zum großen Teil schon in mehreren Ländern angewandt worden, ohne daß eine Verminderung der Arbeitslosigkeit eingetreten sei. Der französische Arbeitgebervertreter Lambert-Ribot bemerkte, die Arbeitslosenversicherung müsse so gestaltet werden, daß sie die Ueberführung der Arbeitslosen in andere Berufe nicht hindere. Der italienische Regierungsvorsteher de Micheli meinte, man dürfe das Problem der Arbeitslosigkeit nicht nur vom Gesichtspunkt der augenblicklichen Lage behandeln, sondern müsse eine Lösung suchen, die auch Garantien für die Zukunft biete. Von diesem Gesichtspunkte aus müsse man auch die Frage der Auswertung noch unerschlossener Gebiete ins Auge fassen. Der französische Gewerkschaftsvertreter Soubaug erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden, vorausgesetzt, daß der italienische Reklamationsverfahren keine Forderungen mehr, die vollständigen